S 11 R 308/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hamburg

Sozialgericht Sozialgericht Hamburg Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 11
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 11 R 308/16 Datum 09.08.2018

2. Instanz

Aktenzeichen Datum -

3. Instanz

Datum -

Der Bescheid vom 15.08.2012 wird abgeändert und der Widerspruchsbescheid vom 02.03.2016 wird insoweit aufgehoben. Die Beklagte wird verurteilt, der Klägerin Rente wegen voller Erwerbsminderung unter einem Leistungsfall vom 12.05.2011 auf Zeit bis 31.07.2021 ab Dezember 2011 (01.12.2011) nach MaÃ□gabe der gesetzlichen Bestimmungen zu leisten. Im Ã□brigen wird die Klage abgewiesen. Die Beklagte trägt die auÃ□ergerichtlichen Kosten der Klägerin dem Grunde nach zu ¾.

Tatbestand:

Die am xxxxx1962 in S1 geborene Klägerin lebt seit 1985 in Deutschland. Eine förmliche Ausbildung hat die Klägerin nicht absolviert und war als Reinigungskraft und Zimmermädchen beschäftigt. Die Klägerin hat einen Grad der Behinderung von 20.

Aufgrund einer Straftat ist die Tochter der KlĤgerin psychisch erheblich eingeschrĤnkt. Die Tochter lebt bei der KlĤgerin und wird von ihr versorgt.

Am 12.05.2011 beantragte die KlAxgerin Rente bei der Beklagten und verwies auf

Kopfschmerzen und psychische Belastungen bei der Pflege der Tochter.

Ein fÃ 1 /4r die Arbeitsagentur am 14.03.2008 von Frau Dr. B. erstelltes Gutachten ergab eine psychische Minderbelastbarkeit aufgrund der familiÃ $^{\mu}$ ren Situation und diverse BefindlichkeitsstÃ $^{\mu}$ rungen. Aus medizinischer Sicht sei die KlÃ $^{\mu}$ gerin in der Lage, tÃ $^{\mu}$ glich sechs Stunden und mehr eine leichte und gelegentlich mittelschwere TÃ $^{\mu}$ tigkeit auszuÃ $^{\mu}$ ben. Allerdings sei ein psychiatrisches Gutachten erforderlich. In dem sodann von Herrn Dettmer erstellten psychologischen Gutachten stellte dieser keine ausreichende psychische Belastbarkeit der KlÃ $^{\mu}$ gerin fÃ $^{\mu}$ r eine berufliche TÃ $^{\mu}$ tigkeit fest.

Der Nervenarzt Dr. H. erstellte sodann am 21.10.2008 ein weiteres Gutachten für die Arbeitsagentur und konnte ein Leistungsvermögen ebenfalls nicht mehr festgestellt werden. Unter der Diagnose von Spannungskopfschmerzen und andauernden depressiven Reaktionen und einfach strukturierter Persönlichkeit ergab sich hieraus fÃ⅓r die Dauer von etwa zwei Jahren kein Leistungsvermögen. Die Klägerin sei gedanklich so von der Sorge um die Tochter beherrscht, dass die Klägerin weder gedanklich noch aber emotional Raum habe fÃ⅓r hiervon unabhängige Aktivitäten. Es handele sich nicht einfach um ein Organisationsproblem bei erhaltener Belastbarkeit, sondern um eine symbiotische Bindung mit Krankheitswert. In dieser Situation entwickele die Klägerin eine depressive Reaktion und funktionell verstärkte körperliche Störungen, die sie schwerpunktmäÃ∏ig mit Analgetika behandele.

Auf den Rentenantrag der Klå¤gerin hin erstellte der Neurologe/Psychiater Dr. S. am 31.07.2012 fã¼r die Beklagte ein fachå¤rztliches Gutachten und stellte bei der Klå¤gerin eine depressive Anpassungsstã¶rung bei anhaltender hã¤uslicher Belastungssituation, eine Minderbelastbarkeit der Wirbelsäule bei Fehlstatik und wiederkehrende Kopfschmerzen fest und hielt die Klã¤gerin grundsätzlich tã¤glich sechs Stunden und mehr leistungsfã¤hig fã¼r eine leichte bis mittelschwere kã¶rperliche Tã¤tigkeit ohne besondere nervliche Belastung. Die Klã¤gerin habe sich fã¼r die Betreuung der Tochter entschieden und sei einem Gesprã¤ch Ã⅓ber Alternativen nicht zugã¤nglich.

Die Beklagte lehnte sodann den Antrag der Klägerin mit Bescheid vom 15.08.2012 ab. Der Widerspruch der Klägerin vom 29.08.2012 blieb erfolglos und wurde nach Stellungnahmen der beratenden Ã□rzte Dr. F. und Frau G. mit Widerspruchsbescheid vom 02.03.2016 zurückgewiesen.

Mit ihrer Klage vom 14.03.2016 verfolgt die Kl \tilde{A} μ gerin ihren Anspruch weiter. Sie verweist darauf, dass sie nicht mehr in der Lage ist, eine Erwerbst \tilde{A} μ tigkeit auszu \tilde{A} μ 4ben.

Die KlĤgerin beantragt, den Bescheid vom 15.08.2012 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 02.03.2016 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, der KlĤgerin Rente wegen voller Erwerbsminderung; hilfsweiser teilweise Erwerbsminderung; hilfsweise teilweise Erwerbsminderung bei BerufsunfĤhigkeit zu leisten.

Die Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Zur Begründung bezieht sich die Beklagte auf die Ausführungen in den angefochtenen Bescheiden und den Inhalt der Verwaltungsakten.

Zur Ermittlung des Sachverhaltes hat das Gericht Befundberichte der die Klägerin behandelnden Ã∏rzte eingeholt. So hat die Neurologin Frau Dr. N. auf eine zweimalige Synkope hingewiesen. Der Orthopäde Dr. V. hat auf Beeinträchtigungen seitens der Brust- und Lendenwirbelsäule hingewiesen. Der Hausarzt der Klägerin, Herr M. bzw. Herr L., hat verschiedene Krankenunterlagen vorgelegt. Eine rheumatologische Erkrankung war hiernach ausgeschlossen, jedoch eine latente Tbc diagnostiziert worden.

Auf Veranlassung des Gerichts hat sodann die FachÃxrztin fÃxr Neurologie und Psychiatrie, Frau L1 die KlÃxgerin am 24.2.2017 untersucht und das Gutachten am 19.05.2017 fÃxr das Gericht erstellt.

Unter der Diagnose einer permanenten psychosozialen Belastungssituation mit chronischem ErschĶpfungssyndrom im Sinne eines burn-out, eines Analphabetismus mit psychischer Minderbelastbarkeit, einer Minderbegabung mit psychischer Minderbelastbarkeit, einer MigrĤne, einem Spannungskopfschmerz, einer Insomnie und Schmerzsyndrom der WirbelsÄxule hat die SachverstÄxndige die KlĤgerin fļr nicht mehr in der Lage gehalten, eine TĤtigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt auszuļben. Die EinschrĤnkung ergebe sich weniger aus den kA¶rperlichen Befunden, sondern vielmehr aus dem psychiatrischen Befund. Grýnde für das aufgehobene Leistungsvermögen ergäben sich aus der symbiotischen Beziehung zur Tochter, die eingeschrĤnkten intellektuellen FĤhigkeiten, der Analphabetismus mit den damit verbundenen psychischen Problemen und die burn-out Symptomatik. Die symbiotische Beziehung habe Krankheitswert. Entlastungsangebote würden von der Klägerin als TrennungsmanĶver verstanden werden. MĶglicherweise spielten auch eigene Schuldgefühle eine erhebliche Rolle, die letztlich von der Klägerin nicht aus eigener Kraft überwunden werden könnten.

Zu dem Verhandlungstermin vor der Kammer am 09.08.2018 ist ein aktueller Befundbericht des â or vor allem die Tochter â obehandelnden Neurologen/Psychiaters Dr. T. eingeholt worden, der auf den letzten Behandlungskontakt zur KlĤgerin am 19.12.2016 verwies. Frau L1 ist sodann in dem Verhandlungstermin als SachverstĤndige zu ihrem Gutachten gehĶrt worden. Sie hat ergĤnzend ausgefĹ⁄₄hrt, dass das Gutachten von Dr. S., welches fĹ⁄₄r die Beklagte erstellt worden war, zwar zutreffend den psychopathologischen Befund widerspiegele, jedoch die symbiotische Beziehung der KlĤgerin zu ihrer Tochter nicht ausreichend im Schweregrad erfasse.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird verwiesen auf die Prozessakte des Gerichts, die Verwaltungsakten der Beklagten sowie die Akten des Versorgungsamtes Hamburg, die vorgelegen haben und zum Gegenstand der Entscheidung gemacht worden sind.

Entscheidungsgründe:

Die Klage ist zulĤssig und begrļndet. Zu Unrecht hat die Beklagte den Rentenantrag der KlĤgerin abgelehnt. Die KlĤgerin hat einen Anspruch auf die Leistung einer Rente wegen Erwerbsminderung. Dies hat die Beweisaufnahme ergeben. Die Bescheide der Beklagten sind daher rechtswidrig und waren aufzuheben.

Rechtsgrundlage sind vorliegend die Vorschriften des am 1.1.1992 in Kraft getretenen Sechsten Sozialgesetzbuches $\hat{a} \square SGB VI \hat{a} \square in der seit 1.1.2001 geltenden Fassung (<math>\hat{A}\S 300 Abs. 1 SGB VI$).

Nach § 43 SGB VI haben Versicherte bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze Anspruch auf Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung, wenn sie 1. teilweise erwerbsgemindert sind, 2. in den letzten fýnf Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung drei Jahre Pflichtbeiträge fþr eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit haben und 3. vor Eintritt der Erwerbsminderung die allgemeine Wartezeit erfþllt haben.

Teilweise erwerbsgemindert sind Versicherte, die wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit au̸erstande sind, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens sechs Stunden täglich erwerbstätig zu sein.

Nach Absatz 2 der Vorschrift haben Versicherte bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze Anspruch auf Rente wegen voller Erwerbsminderung, wenn sie 1. voll erwerbsgemindert sind, 2. in den letzten fýnf Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung drei Jahre Pflichtbeiträge für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit haben und 3. vor Eintritt der Erwerbsminderung die allgemeine Wartezeit erfüllt haben.

Voll erwerbsgemindert sind Versicherte, die wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit au̸erstande sind, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein.

Erwerbsgemindert ist nach Absatz 3 hingegen nicht, wer unter den $\tilde{A}^{1}/_{0}$ blichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens sechs Stunden t $\tilde{A}^{1}/_{0}$ erwerbst $\tilde{A}^{1}/_{0}$ tig sein kann; dabei ist die jeweilige Arbeitsmarktlage nicht zu ber $\tilde{A}^{1}/_{0}$ cksichtigen.

Die KlĤgerin ist voll erwerbsgemindert. Die Kammer schlieÄ t sich in vollem Umfang dem vorliegenden medizinischen Gutachten sowie den Ausfļhrungen der SachverstĤndigen im Verhandlungstermin an. Nach diesem Gutachten leidet die KlĤgerin an den Folgen einer permanenten psychosozialen Belastungssituation mit chronischem ErschĶpfungssyndrom im Sinne eines burn-out, eines Analphabetismus mit psychischer Minderbelastbarkeit, einer Minderbegabung mit psychischer Minderbelastbarkeit, einem Spannungskopfschmerz,

einer Insomnie und Schmerzsyndrom der Wirbelsäule. Zwar ist das körperliche Leistungsvermögen noch nicht aus quantitativ eingeschränkt, jedoch ergibt sich diese Einschränkung aus den psychiatrischen Befunden.

Wie die SachverstĤndige überzeugend erläutert hat, ist die Klägerin durch die Problematik im Zusammenhang mit der erkrankten Tochter dergestalt eingeschrĤnkt, dass kein LeistungsvermĶgen mehr besteht. Wie schon der fļr die Arbeitsagentur tÄxtige SachverstÄxndige Dr. H. erlÄxutert hat, liegt hier eine symbiotische Beziehung der KlĤgerin zu ihrer Tochter vor, die krankheitswertig ist. Die Betreuung der Tochter ist, entgegen der Auffassung des für die Beklagte tÃxtigen Gutachters hingegen kein organisatorisches Problem, welches durch UnterstützungsmaÃ∏nahmen zu lösen wäre. Die Klägerin ist nicht in der Lage, sich aus eigener Kraft hieraus zu lösen und bewertet â∏∏ pathologisch â∏∏ Hilfsangebote als Trennungsversuch. Dahinterstehende mA¶gliche SchuldgefA¼hle hat die SachverstĤndige ļberzeugend dargelegt. Die KlĤgerin nimmt sich selber nicht mehr wahr. Für die Kammer hat die Sachverständige erläutert, dass das Gutachten von Dr. S. diese besondere und pathologische Situation mit sind die Ausführungen der Sachverständigen, auch nach dem Eindruck, den die Kammer in dem Verhandlungstermin von der KlĤgerin gewonnen hat, in vollem Umfang nachvollziehbar und entsprechen auch insbesondere den Feststellungen der fÃ1/4r die Arbeitsagentur tÃxtigen SachverstÃxndigen. Gerade wegen der, möglicherweise mit Schuldgefühlen belasteten Situation, ist der Klägerin eine distanzierte Betrachtungsweise nicht mĶglich, insbesondere auch unter Berücksichtigung der intellektuellen Fähigkeiten. Aufgrund der Verschmelzung auch mit eventuellen Schuldgefühlen ist es der Klägerin gerade nicht möglich, durch Distanz ein eigenstĤndiges Leben zu führen. Hilfe, dieses zu erlangen, kann die Klägerin zu Ã∏berzeugung aufgrund der krankheitswertigen Beziehung nicht annehmen. Derartige Angebote kA¶nnten zu einer VerstAxrkung der symbiotischen Beziehung führen; jedenfalls ist nicht ersichtlich, dass diese allein zu einer Lösung führen.

Vor diesem Hintergrund ist die Kammer zu der ̸berzeugung gelangt, dass die Klägerin derzeit nicht in der Lage ist, eine Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt auszuþben. Die Klägerin ist voll erwerbsgemindert und hat daher Anspruch auf die Leistung einer Rente wegen voller Erwerbsminderung.

Dieser Anspruch war jedoch zeitlich zu befristen. Nach <u>ŧ 102 Absatz 2 SGB VI</u> werden u.a. Renten wegen verminderter ErwerbsfĤhigkeit auf Zeit geleistet. Sie werden unbefristet geleistet, wenn unwahrscheinlich ist, dass die Minderung der ErwerbsfĤhigkeit behoben werden kann (Satz 5 der Vorschrift). Die SachverstĤndige hat fĽr die Kammer nachvollziehbar dargelegt, dass eine Besserungsaussicht nicht unwahrscheinlich ist. Die Rente war daher zu befristen.

Hingegen besteht ein Anspruch auf eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei BerufsunfÄxhigkeit bereits aus rechtlichen Gründen nicht.

Nach § 240 SGB VI haben bei ErfÃ1/4llung der sonstigen Voraussetzungen bis zum

Erreichen der Regelaltersgrenze auch Versicherte Anspruch auf Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung, die 1. vor dem 2. Januar 1961 geboren und 2. berufsunfÄxhig sind. Die KlÄxgerin ist jedoch nach dem in der Vorschrift genannten Stichtag geboren, so dass ein diesbezļglicher Anspruch ausgeschlossen ist.

Aus alldem ergibt sich, dass die Klägerin voll erwerbsgemindert ist. Der Klage war daher stattzugeben. Die Quotelung der Kosten entspricht dem Ausgang des Verfahrens.

Erstellt am: 18.01.2021

Zuletzt verändert am: 23.12.2024